

Parolen Abstimmung vom 30. November 2025

Eidgenössische Vorlagen

1. Volksinitiative „Für eine engagierte Schweiz (Service-citoyen-Initiative)“

NEIN

Die Initiative verlangt, dass sich alle Schweizerinnen und Schweizer für die Gemeinschaft und die Umwelt einsetzen und nicht nur junge Schweizer Männer in der Armee. Diese auf Frauen erweiterte Dienstpflicht könnte in der Armee, im Zivilschutz, im Zivildienst oder in einem gleichwertigen Milizdienst geleistet werden. Die Initiative stellt klar, dass die Bestände von Armee und Zivilschutz – die zentral für die Sicherheit der Schweiz sind – garantiert werden müssen.

Bundesrat und Parlament wie auch die FDP. Die Liberalen lehnen die Initiative klar ab. Sie hätte zur Folge, dass jährlich 70'000 Personen rekrutiert würden, was den Bedarf von Armee und Zivildienst bei weitem übersteigt. Für Bund und Kantone würden doppelte Kosten in Milliardenhöhe entstehen. Zudem würde auch die Wirtschaft mit zusätzlichen Abwesenheiten ihrer Fachkräfte erheblich belastet. Frauen leisten bereits viel unbezahlte „Care“ Arbeit. Die Einführung einer obligatorischen Dienstpflicht für Frauen ist nicht der richtige Weg, um die Gleichstellung, auch in der Berufswelt, zu erreichen.

2. Volksinitiative „Für eine soziale Klimapolitik - steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)“

NEIN

Die „Enteignungsinitiative“ der Jungsozialisten gibt vor, mehr Mittel für eine soziale Klimapolitik zu wollen, wobei nicht definiert wird, wie dies geschehen soll. Sie fordert eine neue Steuer von Bund und Kantonen in Höhe von 50 Prozent auf Erbschaften und Schenkungen von über 50 Millionen.

Bundesrat und Parlament wie auch die FDP. Die Liberalen lehnen die Initiative entschieden ab, sie ist völlig wirklichkeitsfremd und im Grundsatz asozial. Betroffen wären viele Schweizer Familienunternehmen, die mit dieser Erbschaftsteuer von ihrem Firmenvermögen faktisch enteignet würden. Der Grossteil müsste bei einer Firmenübergabe die Schweiz verlassen oder an ausländische Investoren verkaufen, um finanziell überleben zu können. Dabei würden Arbeitsplätze verloren gehen und die Wirtschafts- und Innovationskraft der Schweiz geschwächt. Es würden nicht mehr, sondern erheblich weniger Steuereinnahmen entstehen. Bei einer Annahme rechnet der Bundesrat mit Steuerausfällen von bis zu 3.7 Milliarden Schweizer Franken pro Jahr, wir alle müssten dieses Milliardenloch stopfen.

Ihre FDP - Die Wirtschaft sind wir alle. Werden Sie Mitglied!